

40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – einige Anmerkungen

von Reiner Bernstein

Seit Wochen überschlägt sich geradezu die Zahl der Veranstaltungen, die an die Anfänge und die bisherige Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel erinnern. Wer sich ihre Programme anschaut, wird aber um den Eindruck nicht herumkommen, dass sie alle gut gemeint sind, mit anderen Worten: Sie erschöpfen sich allzu häufig in Allgemeinplätzen und Belanglosigkeiten; „dejà vue“-Effekte stellen sich ein. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden auf die allmähliche Verstetigung der Politik beider Regierungen reduziert, wobei amtliche Krisen wie die Kontroverse zwischen Menachem Begin und Helmut Schmidt nicht ausgespart bleiben. Auch der Hinweis wird nicht vergessen, dass es ein äußerst dichtes Netz kultureller, wissenschaftlicher und anderer fachbezogener Kontakte und Verflechtungen gibt. Aus deutscher Warte suchen sie international ihresgleichen.

Ein anderer Faktor in diesem Beziehungsfeld wird zwar pflichtschuldig angesprochen, ohne dass er jedoch einer ernsthaften Analyse oder wenigstens hinlänglicher Betrachtung unterzogen wird: Gemeint sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen in Deutschland seit den frühen achtziger Jahren und die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären. Im Blick auf den dramatischen Imageverlust Israels in der deutschen Öffentlichkeit bleibt es bei der Konstatierung des Sachverhalts und der Klage darüber. Ja, manche von Amts wegen legitimierte Kommentatoren neigen zu der Auffassung, dass die Diskrepanz zwischen den offiziellen Beziehungen und Volkes Stimme so lange keiner gesonderten Aufmerksamkeit bedürfe, solange die politischen und sonstigen staatstragenden Eliten „funktionieren“. Das in Anspruch genommene Prinzip der repräsentativen Demokratie wird ins Gegenteil verkehrt.

Es ist hier nicht der Ort, über Sinn und Unsinn plebiszitärer Elemente nachzudenken. Es gibt sogar gute Gründe dafür, sie in unserem Falle hintanzustellen, weil sie herausstellen könnte, mit welcher bedenklichen bis unliebsamen Motiven das Thema „Israel“ besetzt ist; zu Recht wird darauf hingewiesen, dass es sich zu erheblichen Teilen um eine Diskussion über deutsche Identitätsprozesse handelt. Aus der wie auch immer gedeuteten Transformationen des öffentlichen Diskurses würde sich jedoch eine Verantwortung der Politik ergeben. Zwar lassen es beide Regierungen nicht an Vermerken fehlen, dass die deutsch-israelischen Beziehungen nach wie vor im Schatten der Shoah stehen. Aber es ist mehr als eine Impression, dass die Kabinette in Berlin und Jerusalem längst zur Tagesordnung des üblichen politischen Geschäfts übergegangen sind. Tatsächlich gibt es genügend unterschiedliche

Interessen, die – wenn möglich – auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen. Dabei braucht Israel die Bundesrepublik heute mehr als umgekehrt. Während Jerusalemer Diplomaten unermüdlich des Lobes über den Stellenwert der Bundesrepublik für ihren Staat in der internationalen Politik voll sind – „Rang Zwei nach den USA“ –, käme in Berlin niemand auf die Idee, dies umgekehrt zu behaupten.

Die Parameter haben sich gründlich verschoben. Die Moral wird jenen überlassen, die sich in Nichtregierungsorganisationen tummeln und notabene damit überfordert sind. Unterstrich Konrad Adenauer einst das Gewicht des „Weltjudentums“ für die Anerkennung des „neuen Deutschlands“ und gehörte die Visite deutscher Bundespräsidenten und Bundeskanzler bei wichtigen jüdischen Organisationen in New York zu den politischen Pflichtenaufgaben, so ist sie jenseits zeremonieller Gesten längst dem Reich der Vergessens anheim gegeben worden. Würde ein Berliner Staatspolitiker heute nachfragen, was die „Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations“ von deutschen Wünschen nach einer ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat hält?

Es gibt also einen Zusammenhang zwischen Außenbezügen und Binnenansichten. Wenn man amtlichen Statistiken Glauben schenken will, sind in den vergangenen vierzig Jahren weit mehr als eine Million deutsche Touristen nach Israel gefahren. Die Zahl der beiderseitigen Städtepartnerschaften geht weit über fünfzig hinaus. Hinzu kamen viele hunderttausend junge Deutsche im Rahmen des Jugendaustauschs und Zehntausende Erwachsene, die an Programmen der politischen Bildung und Studienreisen teilgenommen haben. Manche Veranstalter glaubten sogar, mit solchen bisweilen hochsubventionierten Fahrten den Antisemitismus bekämpfen zu können. Ein solcher Ansatz war insofern praktisch, weil er von der Verpflichtung ablenkte, die Vorurteile im eigenen Land abzubauen zu helfen. Man verlagerte es in die Region nach dem Motto „Schaut her, die Juden sind gar nicht, so vielfach behauptet“. Der Eskapismus feierte bedenkliche Urständ.

Wenn mittlerweile darauf hingewiesen wird, dass die Wertschätzung Israels in Deutschland auf dem Tiefpunkt steht, kommt man um zumindest drei Erklärungen und daraus gegebenenfalls zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht herum: Zum einen haben die Israel-Besucher keine Spuren in der deutschen öffentlichen Meinung hinterlassen. Nachdem in früheren Jahren in Israel vielfach die Hoffnung geäußert wurde, dass sie trotz Kurzaufenthalt nach ihrer Rückkehr zu den besten Botschafter des jüdischen Staates würden, legen manche Abschlussberichte inzwischen den Verdacht nahe, dass sie das Gegenteil dessen ausgelöst haben, was wohlmeinende Veranstalter erwarteten. Daher wäre es angebracht, die sogenannten Bildungsziele und ihre Ausbeute einer selbstkritischen Reflexion – und gegebenenfalls Revision – zu un-

terziehen. In der gegenwärtigen Reise- und Austauschflaute wäre dies im Blick auf die Zukunft ein lohnendes Unternehmen.

Zum anderen lassen sich deutsche Meinungsumfragen nicht ohne die politischen Entwicklungen zwischen Israel und den Palästinensern angemessen deuten. Noch vor zwanzig Jahren mochten die wesentlichen Informationen über Verläufe der Konfrontation aus der morgendlichen Lektüre der Tageszeitung und den abendlichen Fernsehnachrichten zu entnehmen sein. Doch seither lässt sich viele Zeitung der Region über das Internet ins Wohnzimmer oder ins Büro hereinholen – ganz zu schweigen von den unzähligen Email-Ketten, deren je nach politischer Überzeugung sortierte Inhalte den Interessenten regelmäßig auf den PC-Server geliefert werden. So kommt es zu der absurden Situation, dass Israelis und Palästinenser sowie ihre agitatorischen Hintersassen in Europa und Amerika der jeweils andere Seite vorwerfen, die Medien zu beherrschen und entsprechend tendenziös zu informieren.

Damit ist ein weiterer Gesichtspunkt angesprochen. Mittlerweile hat es sich auch unter denjenigen, die ich als die unerschütterlichen Israel- und Palästina-Freunde bezeichne, herumgesprochen, dass ein Frieden ohne den Feind von heute nicht möglich ist. Was das notorische Bekenntnis zum Recht Israels auf nationale Sicherheit angeht, läuft es nicht nur deshalb ins Leere, weil – wie ich an anderer Stelle in dieser Schrift hervorgehoben habe – die israelische Politik seit langem selbst dafür sorgt. Die Formel übersieht vor allem, dass das israelische Argument der Sicherheit in enger etymologischer Verwandtschaft zum Begriff „Souveränität“ steht. Sie ist die zentrale Kategorie, aus der sich fast sämtliche Faktoren dieses Konflikts ableiten lassen. Wenn im israelischen Diskurs von Souveränität („*ribonut*“) die Rede ist, meint sie nicht nur die politischen Aspekte. Zumindest gleichgewichtig spielt sie auf die religiöse Dimension an: auf die Herrschaft Gottes über das Land Israel, dessen Kerngebiete Judäa und Samaria (vulgo die Westbank) im Junikrieg von der Fremdherrschaft befreit worden seien.

Da Israel nach fortgeltender Auffassung des Jerusalemer Auswärtigen Amtes damals ein Niemandsland übernommen hat und sich durch den verhängnisvollen Verzicht König Husseins auf die Westbank im Juli 1988 bestätigt sieht, beschränken sich Sharons Forderungen auf palästinensische behördliche „Reformen“, während zur selben Zeit nicht nur die Annexion dreier großer Siedlungsblöcke östlich der einstigen „Grünen Linie“ ins Auge gefasst wird, sondern darüber hinaus nach jüngsten israelischen Zeitungsmeldungen monatlich zehntausend Tonnen Haus- und Industriemüll in einen Steinbruch bei Nablus verbracht werden sollen, der außerdem die Grundwasserschichten in den dortigen Bergen zu verderben droht. Die Beispiele für die israelischen Souveränitätsvorbehalte lassen sich beliebig vermehren.

Da die offenkundigen Überlappungen zwischen Politik und Religion aus welchen Gründen auch immer hierzulande kaum wahrgenommen werden, haftet deutschen Auseinandersetzungen mit dem Nahostkonflikt häufig etwas Vorläufiges, wenn nicht gar Unprofessionelles an. Das Meinungsklima schwankt zwischen Depression und vagen Hoffnungen auf ein Ende des Konflikts, ohne die eine rechte Begründung für das Urteil liefern zu können. Abgesehen von den fast täglichen wechselnden Koalitionen, scheinen Banalitäten wie „Im Nahen Osten gehen die Uhren anders“ oder „Wer an kein Wunder glaubt, ist kein Realist“ den einzigen Ausweg aus diesem Deutungsdilemma zu bieten. Um ihm abzuweichen, hat der ehemalige Präsident der EU-Kommission Jacques Delors vor einigen Jahren ein „tieferes Verständnis für die religiösen und philosophischen Vorstellungen anderer Zivilisationen“ angemahnt; Frieden ohne Wurzeln, so lässt sich Delors Appell verstehen, ist unmöglich.

Israelischen Gesprächspartnern sind die Gratwanderungen der politischen Theologie wohlvertraut, und je länger der Konflikt anhält, desto mehr lernen auch die Palästinenser, sich ihrer aus dem Fundus des Islam zu bedienen. Es gehört zu den Paradoxien der Konfrontationsgeschichte, dass die politischen Führungspersonlichkeiten der Palästinenser den Anschluss an Konzepte der westlich geprägten Rationalität gefunden haben, obwohl sie aus einer vormodernen, durch familiäre Loyalitäten und wirtschaftliche Abhängigkeiten geprägten Gesellschaft kamen. Der im 40. Jahr der deutsch-israelischen Diplomatiegeschichte als Realpolitiker gefeierte David Ben-Gurion dürfte im Gegensatz dazu die bekannteste Persönlichkeit sein, bei der sich nach Staatsgründung die vermeintlich verschütteten Bindungen an religiöse Mythen derart nachdrücklich zu Wort meldeten, dass er die klassischen Schriften des europäischen Sozialismus als „miserable Phraseologie“ und als Geburten im Leben eines Volkes in einem fremden Land abtat. Seinen Kollegen erschien der Abschied vom historischen Realismus wie eine „Bibliomanie“. Später wollte er, wie jüngst ausgeführt worden ist, auf seinen Altersruhesitz Sde Boqer im Negev einer Mischung aus Oxford und Jabneh zum Durchbruch verhelfen.

Was lässt sich daraus für das deutsche Publikum lernen, das in der einen oder anderen Weise lebhaften Anteil am Schicksal beider Völker nimmt?

Vor allem eines: Es geht weit mehr als um paar tausend Quadratkilometer strittigen Landes. Nicht die Politik bedient sich zu manipulativen Zwecken der Religion, sondern deren Institutionen, in so organisatorisch-pluralistischer Gestalt sie auch auftreten, drohen die Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu unterwandern. Ihnen dienen Regierungen und Abgeordnete als „Esel des Messias“ (Seffi Rachlevsky): „Selbst wenn sie keine Gebetsriemen tragen, so tragen sie doch Mauersteine zum Haus des Landes Israel bei“, so schon der erste aschkenasische Oberrabbi-

ner in Palästina Abraham Isaac Kook (1865 – 1935). Das jüngste Beispiel für diesen Antagonismus bieten die schweren Auseinandersetzungen um die Räumung des Gazastreifens und von vier Siedlungen im Norden der Westbank. In den palästinensischen Gebieten zeichnet sich im Vorfeld der Parlamentswahlen im Sommer 2005 ein schwerer Machtkampf ab, aus dem die „Bewegung des islamischen Widerstandes (Hamas)“ gestärkt hervorgehen dürfte, weil es der „Bewegung zur Befreiung Palästinas (Fatah)“ nicht gelungen ist, den palästinensischen Traum von nationaler Unabhängigkeit zu erfüllen.

Fremde und damit auch deutsche Extravaganzen, die entweder Solidaritätserklärungen für Israel oder für die Palästinenser einbringen oder die sich auf ein mehr oder minder technisches Management von Veranstaltungspodien beschränken möchten, sollten deshalb rasch der Vergangenheit angehören. Denn mehr denn je kommt es darauf an, dass die Anstrengungen auf die Hilfe für jene Organisationen und Gruppen gebündelt werden, die sich vor Ort unter schwierigsten Bedingungen um die Rückkehr der politischen Vernunft bemühen. Gelingt dies nicht, dann werden sich auch die Werte einschlägiger Meinungsumfragen nicht verbessern. Die Sympathieverluste Israels kommen den Palästinensern keineswegs zugute.
